

„Das Vertrauen ist erheblich erschüttert“

Umweltminister Klaus Töpfer über die Affäre Transnuklear und die Risiken der Atomenergie

SPIEGEL: Herr Töpfer, nach der Katastrophe von Tschernobyl haben Industrielle und Politiker hierzulande den Anspruch erhoben, die Qualität deutscher Nukleartechnik und deutscher Kontrolle sei weltweit Spitze. Östliche Schlampereien seien in der deutschen Sicherheitskultur undenkbar. Sie sind jetzt neun Monate im Amt, seit vier Wochen sind Sie Tag und Nacht mit dem Transnuklear-Skandal beschäftigt. Ist Ihr Vertrauen in die Kompetenz und die Moral der Atommanager eigentlich ungebrochen?

TÖPFER: Es wäre falsch, die Atommanager und die Branche zu verurteilen. In den letzten Tagen und Wochen ist das Vertrauen in die Verlässlichkeit von Menschen, die mit Kernenergie umgehen, allerdings erheblich erschüttert worden. Wer in diesen Wirtschaftszweigen arbeitet, muß intensiv überprüft werden. Gefahren für Mensch und Umwelt wegen der Unzuverlässigkeit von Mitarbeitern müssen ausgeschlossen werden.

SPIEGEL: Beschränkt sich der Vertrauensverlust auf Transnuklear?

TÖPFER: Bis zum Augenblick ist der Vorgang auf einen ganz bestimmten Firmenbereich konzentriert. Doch wegen des Vertrauensverlusts müssen wir tiefer pflügen und nicht nur dort handeln, wo Transnuklear sich jetzt als fehlerhaft erwiesen hat.

SPIEGEL: Sie haben bereits wenige Tage nachdem die Atommüll-Schieberei bei Transnuklear offenkundig geworden war, erkannt, daß von den Fässern keine Gefahr für die Menschen ausgeht. Woher wußten Sie das eigentlich?

TÖPFER: Aus den Fakten. Denn als erstes haben wir die Aufsichtsbehörden – also die Länder – veranlaßt, die Fässer auszumessen. Uns wurde – bis zum heutigen Tage – bestätigt, daß die Außenstrahlung der Fässer nicht über den Genehmigungswerten liegt und daß deswegen von diesen Fässern aktuell keine Gefährdung für Mensch und Umwelt ausgeht, weder für die dort Beschäftigten noch für die in der Umgebung wohnenden Menschen.

SPIEGEL: Sie haben in diesen Tagen aber auch erfahren, daß Begleitpapiere manipuliert werden können; daß die Außenmessungen keine endgültigen Aussagen darüber zulassen, was tatsächlich in den Fässern ist. Gefahr kann ja auch dadurch entstehen, daß in den vielen tausend Fässern etwas drin ist, von dem niemand weiß, was es ist.



Töpfer (M.), SPIEGEL-Redakteure*: „Hier ist etwas noch nicht gelöst“

TÖPFER: Ich habe doch überhaupt nicht den Eindruck erweckt, als wäre die Aussage für alle Zeit richtig, daß von diesen Fässern keine Gefahr ausgeht. Diese Aussage habe ich nie getroffen und werde ich auch nicht treffen. Wir haben veranlaßt, das Innenleben dieser Fässer genau zu überprüfen. Erst dann werden wir weitere Aussagen machen können – bis hin zu der Frage: Wie sieht es mit der Endlagermöglichkeit dieser Fässer und ihres Inhalts aus?

SPIEGEL: Akute Gefahr bestand also nie?

TÖPFER: Dies ist das, was wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt nach bestem Wissen und Gewissen sagen können. Deswegen war es richtig, so vorzugehen, wie wir vorgegangen sind. Andere Maßnahmen – wie etwa eine kurzfristige Verlagerung dieser Fässer – waren nicht notwendig.

SPIEGEL: Bei der Bund-Länder-Sitzung am Dienstag voriger Woche konnte Ihr Ministerium nicht einmal sagen, wie viele Fässer tatsächlich zu der Belgien-Partie gehören. Es schwirrten, vier Wochen nach der ersten Kenntnis von diesem Skandal, immer noch drei Zahlen herum. Nun wird eine monatelange,

wahrscheinlich jahrelange Untersuchung beginnen, weil kein Mensch weiß, was und wo überall manipuliert wurde.

TÖPFER: Wir haben die Zahlen der Fässer veröffentlicht, die uns von den Ländern genannt worden sind, aber ich will mich hier weder verteidigen...

SPIEGEL: ... wir haben eher den Eindruck, daß Sie Verantwortliche aus der Atomindustrie verteidigen.

TÖPFER: Genau das tue ich nicht. Ich habe ja unmittelbar nach Kenntnis dieser nuklearspezifischen Vorgänge den Verantwortlichen die Zuverlässigkeit nicht mehr attestiert und die Genehmigungen zum Transport suspendiert. Das, was hier inkriminiert wird und in besonderer Weise problematisch ist, ist die Tatsache, daß Alpha-Strahler wie Plutonium mit hineingemischt und nicht deklariert worden sind. Die aber kann man bei Messungen ohne Faßöffnung eben nicht identifizieren. Ich kann heute kein endgültiges Urteil abgeben.

SPIEGEL: Sie haben gesagt, der Skandal sei auf das „unverantwortliche Verhalten einzelner in der Kernenergie“ zurückzuführen. Einzelner? Immerhin sind ja doch inzwischen bei Transnuklear sowie bei den Kraftwerken über 100 Menschen in diese Affäre verwickelt, darunter Strahlenschutzbeauftragte, die quasi öffentliche Funktionen erfüllen.

* Klaus Wirtgen und Winfried Didzoleit, in Töpfers Amtszimmer.

TÖPFER: Wir werden auf Dauer die friedliche Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik nur verantworten und akzeptabel erhalten können, wenn wir ohne Rücksicht auf betroffene Personen – auch auf deren Zahl – zusammen mit der Staatsanwaltschaft und den Bundesländern aufdecken und aufklären. Es darf kein Zweifel aufkommen: Sicherheit, aber auch Zuverlässigkeit von Personen stehen über allen anderen Kriterien wie zum Beispiel Wirtschaftlichkeit. Das zu garantieren ist meine Aufgabe.

SPIEGEL: Sind Sie sicher, daß Sie diesem hehren Grundsatz immer folgen?

TÖPFER: Wir arbeiten praktisch unter öffentlicher Kontrolle, auch durch die Medien. Eine radioaktive Verseu-

chung könnten wir gar nicht vertuschen, und das wollen wir auch nicht. Ich glaube, wir können in unserer Gesellschaft auf der Grundlage einer Unwahrheit auf Dauer nie etwas akzeptabel erhalten. Ich suche auch hier wirklich die Wahrheit – auch auf die Gefahr hin, daß wir sie finden.

SPIEGEL: Fühlen Sie sich frei zu Entscheidungen, die Sie sachlich für notwendig halten, die aber Ihrer Partei, der CDU, politisch nicht unbedingt opportun erscheinen? Immerhin hält die Union auch nach Tschernobyl unbeirrt an der Kernkraft fest.

TÖPFER: Die Partei, der ich angehöre, hat sich für die friedliche Nutzung der Kernenergie immer unter der klaren Bedingung ausgesprochen, daß dies bei

Vorrang der Sicherheit zu geschehen hat. Ich habe immer wieder – lange vor Transnuklear – gesagt: Gerade dort, wo eine Technik mit weitreichenden Konsequenzen für Mensch und Umwelt verbunden ist, müssen menschliche Fehler und das menschliche Irren mit bedacht werden. Das gilt vornehmlich auch für das menschliche Fehlverhalten in kriminellem Sinne. Schon deshalb kann der Beleg, daß jemand bestechlich – also kriminell – ist, uns nicht zu einer grundsätzlichen Neubewertung dieser Technik führen.

SPIEGEL: Irgendwo stoßen Sie mit der Methode, sich gegen technische Fehler und menschliche Schwächen durch immer neue organisatorische und konstruktive Barrieren abzusichern, an eine Grenze, ohne die Gefahr völlig gebannt zu haben.

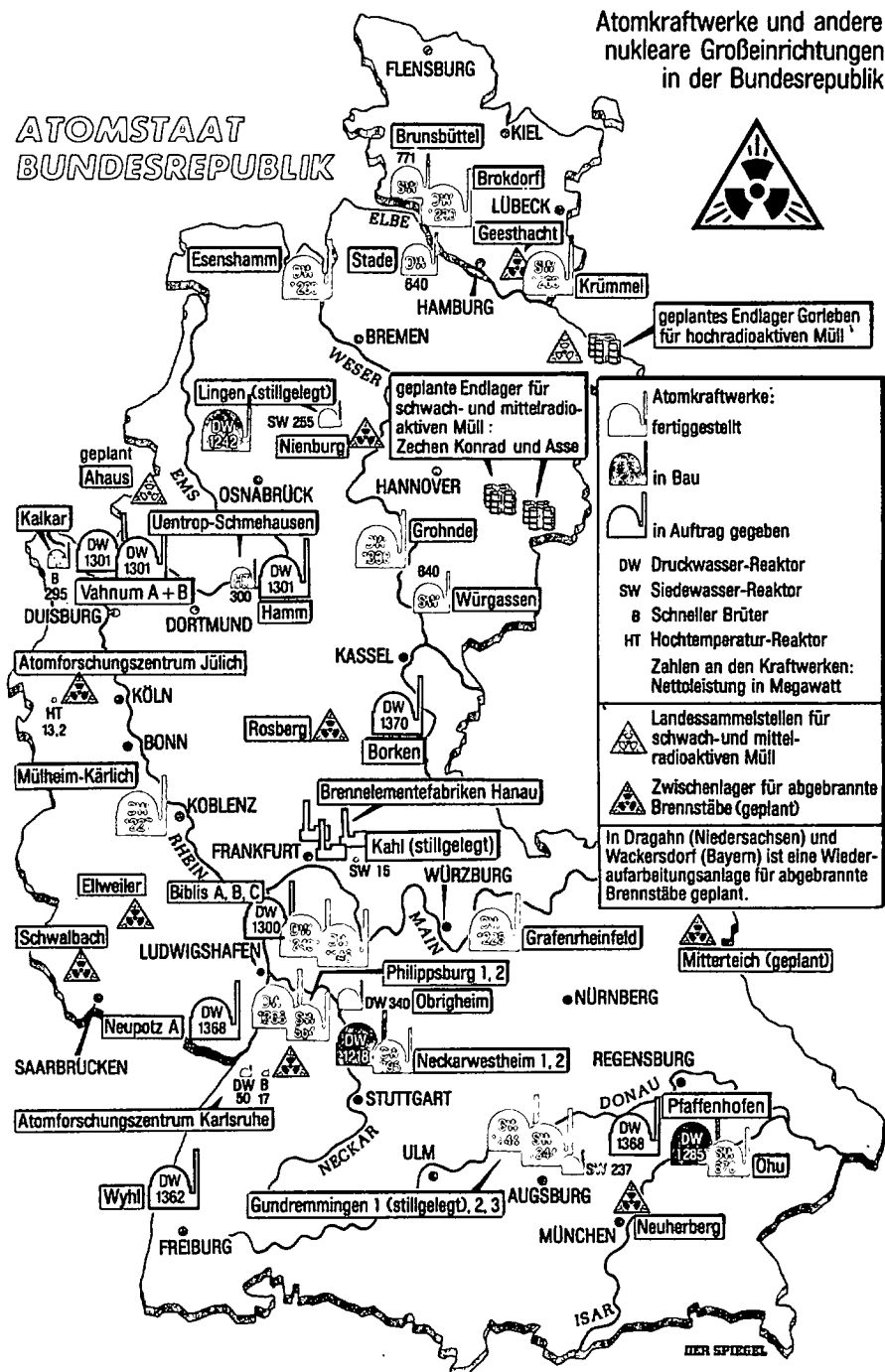
TÖPFER: Natürlich kommt man dabei zu einer logischen Kalamität. Kernenergie-Technik erhält Sicherheit durch Redundanz und Diversität, also durch mehrfach voneinander unabhängige Sicherheitssysteme. Aber auch diese Mehrfachsicherung kann durch bewußtes oder unbewußtes Falschreagieren von Menschen wieder außer Kraft gesetzt werden, was logisch eine wiederum neue Sicherung vor auszuplanen erforderlich machen würde. Dieser gedankliche Prozeß könnte immer und immer wiederholt werden, ohne daß eine abschließende Sicherheit erreicht wird.

SPIEGEL: Was hat diese Einsicht für Folgen?

TÖPFER: Wir leben in einer Welt, in der menschliches Entscheiden durch unvollkommene Information gekennzeichnet ist. Entscheidungen bergen zwangsläufig Risiken. Unsere Aufgabe besteht darin, dies Risiko so zu vermindern, daß es – wie es das Bundesverfassungsgericht gesagt hat – als allgemeine, sozial adäquate Last akzeptiert werden kann. Überall dort, wo das Risiko nicht unterhalb dieser Schwelle liegt, sage ich: Hier können wir nicht mehr weitergehen.

SPIEGEL: Damit weiß immer noch keiner, von wo an Sie nicht mehr weitergehen.

TÖPFER: Ein Überspielen der Sicherheitsvorkehrungen kann ich denknotwendig nicht ausschließen. Dazu habe ich mich bekannt. Das ist das von Ihnen angesprochene logische Dilemma. Der Prozeß, immer weitere Barrieren gegen Unfälle zu errichten, muß an irgendeiner Stelle abgebrochen werden, weil ein Entscheiden sonst unmöglich wird – ebenfalls nicht ohne Folgen. In dieser Entscheidung ist zu beachten, daß der Verzicht auf diese Technik ebenfalls Konsequenzen für die Bewältigung der Probleme hat, die von der Menschheit heute und in Zukunft gelöst werden müssen. Das gilt nicht nur für die Kernenergie. Das gilt für die Gentechnologie ganz genauso, es gilt für alle technischen Entwicklungen.



SPIEGEL: Im konkreten Fall sind die Durchstechereien bei Privatfirmen passiert. Würde eine Verstaatlichung des Transportsystems oder gar der gesamten Atomindustrie helfen?

TÖPFER: Natürlich muß man sich fragen: Kann diese Energieerzeugung, in Teilen oder ganz, im Rahmen staatlicher Zuständigkeit sicher gemacht werden? Aber an der von mir vorhin dargestellten Katastrophe ändert das überhaupt nichts.

SPIEGEL: Sie haben Transnuklear – vorläufig zumindest – die Genehmigung für den Transport entzogen, weil Sie das Vertrauen in die dort handelnden Menschen verloren haben. Betroffen sind aber auch viele Mitarbeiter in den Kernkraftwerken, die sich offenbar über eine lange Zeit hin bestechen ließen. Müßten Sie da nicht auch mit einem zumindest vorläufigen Lizenzentzug reagieren?

TÖPFER: Ich habe deutlich gemacht, daß mich die Vorgänge bei Transnuklear gegenwärtig nicht zu einer Veränderung meines Urteils über die friedliche Nutzung der Kernenergie führen. Das beruht auf dem Informationsstand, den ich jetzt habe. Ich bin weiter sehr, sehr nachhaltig daran interessiert, deutlich zu machen, daß wir einen Entsorgungsnachweis für das Betreiben eines Kernkraftwerkes fordern ...

SPIEGEL: ... darum geht es uns jetzt nicht. Die Frage ist: Wieso gelten die Stromherren, die Korruption nicht durch Kontrollen verhindert haben, noch als so zuverlässig, wie das Atomgesetz es befiehlt?

TÖPFER: Die Betreiber von Kernkraftwerken?

SPIEGEL: Genau die.

TÖPFER: Eine ganz schlichte Antwort: Die Forderung nach Zuverlässigkeit ist nicht auf die Menschen begrenzt, die den Transport und die Konditionierung von Abfallstoffen vornehmen. Das gilt für jeden, der sich mit Kernenergie abgibt. Und dort, wo ich Informationen erhalte, daß an anderer Stelle die Zuverlässigkeit in Frage gestellt werden muß, werde ich dieselben Maßnahmen ergreifen, die ich bei Transnuklear ergriffen habe.

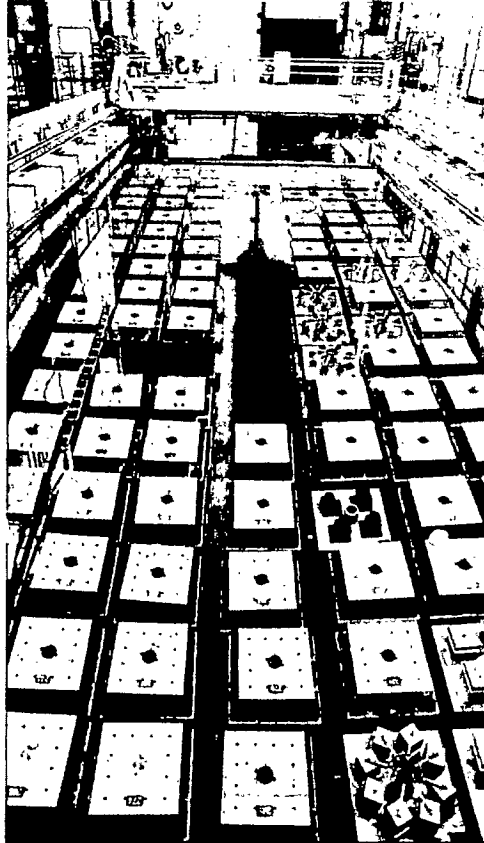
SPIEGEL: Mutmaßliche Täter saßen auch in den Atomkraftwerken. Nur haben Sie dort bisher noch keine Konsequenzen gezogen.

TÖPFER: Selbst Sie sprechen von mutmaßlichen Tätern.

SPIEGEL: Wir sind keine Vorverurteiler.

TÖPFER: Prima. Sehen Sie: Auf bloße Mutmaßungen hin kann ich keine Entscheidungen treffen. Da kann ich nicht sagen: Ich stelle die Zuverlässigkeit in Frage – und ziehe Genehmigungen zurück.

SPIEGEL: Das ist doch das Dilemma. Wenn den Müllkutschern von Transnuklear eine Straftat nicht nachgewiesen werden kann, haben die ihre Lizenzen bald wieder.



Brennstäbe-Lagerung in La Hague
„Wir müssen tiefer pflügen“

TÖPFER: Also, Zuverlässigkeit baut auf zwei Säulen auf: auf der persönlichen und auf der organisatorischen. Selbst wenn sich herausstellen sollte, daß überhaupt keinem Menschen bei Transnuklear strafrechtlich ein Fehlverhalten nachgewiesen werden kann, muß ich fragen, ob die Organisationsstruktur der Transnuklear oder anderer Firmen so ist, daß Gefährdungen nicht entstehen können. Wir prüfen das seit langem, denn Transnuklear ist ja nicht erst seit Dezember ein Fall, der die Öffentlichkeit erregt, sondern seit ...

SPIEGEL: ... wenige Tage nach Walter Wallmanns Wahlsieg in Hessen eine Selbstanzeige wegen Korruption erfolgte ...

TÖPFER: ... seit im April diese Informationen kamen. Die haben das Ministerium natürlich veranlaßt zu sagen: Wir müssen mal die Kriterien klarstellen, mit denen wir die Zuverlässigkeit – und zwar bundeseinheitlich – bestimmen können. Es gab überhaupt keine Diskussion mit den Ländern darüber, daß die Zuverlässigkeit auf diese beiden Säulen gestellt werden muß.

SPIEGEL: Sehen Sie denn jetzt Anlaß, die Statik Ihrer beiden Säulen auch bei den Stromkonzernen mal zu untersuchen?

TÖPFER: Überall dort, wo es dazu Hinweise gibt, werden wir tätig.

SPIEGEL: Haben Sie damit schon angefangen? Haben Sie Grund gehabt, damit anzufangen?

TÖPFER: Wir haben gerade mal drei Wochen Zeit gehabt, uns in diesem recht spektakulären Fall voranzuarbeiten. Wir

wissen, daß von der Transnuklear aus auch andere Bereiche der Kernenergie mit erreicht werden. Wir müssen sehen: Wo kommen die Abfallstoffe her? Und wir müssen sehen, wem Transnuklear gehört. Es wäre leichtfertig und unverantwortlich, wenn wir nach Bearbeitung der ersten aktuellen Erkenntnisse über Transnuklear nicht auch diese Vorwärts- und Rückwärtsverflechtungen überprüfen würden, die Muttergesellschaft Nukem inklusive.

SPIEGEL: Seit über 30 Jahren wird Strom aus Kernenergie gewonnen. Dennoch gibt es auf der ganzen Welt immer noch kein einziges legales Endlager für den strahlenden Müll. Bedrückt Sie das?

TÖPFER: Aber selbstverständlich bedrückt mich das. Man hält mir immer wieder öffentlich vor: Die Technik als solche mag ja sicher sein. Aber wohin denn mit diesen Abfallstoffen, die Tausende und Abertausende von Jahren Hypotheken für kommende Generationen darstellen werden? Das kann ich nicht als herbeigereinigtes Problem abtun. Durch die Vorgänge bei Transnuklear werden wir mit Macht wieder darauf gestoßen: Hier ist etwas noch nicht abgearbeitet, noch nicht gelöst.

SPIEGEL: Kein Element der bereits Mitte der siebziger Jahre konzipierten Atom Müll-Beseitigung – Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente, Wiederaufarbeitung, Endlager im Salz von Gorleben – ist heute funktionsbereit. Die Fertigstellung rückt immer weiter in die Zukunft, näher an das Jahr 2000. Trotzdem produzieren die Kraftwerke nicht nur Strom, sondern auch immer mehr Atom Müll. Ist das verantwortbar?

TÖPFER: Die zweite Seite der Medaille halten Sie wohlweislich bedeckt. Es gibt in der Bundesrepublik viel weniger Kernkraftwerke als in den siebziger Jahren prognostiziert. Also fällt auch viel weniger Müll an, es wurde Spielraum gewonnen.

SPIEGEL: Wir halten fest, daß Sie für den Atom Müll kein Zwischenlager und kein Endlager haben.

TÖPFER: Wir haben natürlich Zwischenlager, zum Beispiel kraftwerksintern oder Landessammelstellen. Die gewonnene Zeit nutzen wir eben, um die Entscheidung über das Endlager mit der gebotenen Eile, aber ohne Hast auf gesicherter wissenschaftlicher und fachlicher Basis zu fällen.

SPIEGEL: Kann es nicht sein, Herr Töpfer, daß eines Tages ein für die Reaktorsicherheit zuständiger Minister – wie in der Geschichte der Nutzung der Kernenergie schon häufiger – vor voll-

endete Tatsachen gestellt wird? Dann liegen da soundso viele tausend Tonnen Brennelemente. Das gefährliche Zeug muß schnell weg. Und dann ist die Versuchung groß, die Ansprüche an die Sicherheit zu senken. Dies ist immer noch weniger riskant, als prinzipientreu einen Haufen von Brennelementen oder Atom Müll in der Landschaft rumliegen zu lassen.

TÖPFER: Ich sitze doch nicht in diesem Amt mit der Selbstgefälligkeit und Selbstsicherheit eines Menschen, der sagt: Das haben wir immer geregelt, deswegen werden wir das in Zukunft auch regeln können. Ich bin überzeugt, wir müssen in der Umweltpolitik, auch in der Entsorgungspolitik, von der Schadensbeseitigung noch mehr zur wirksamen Vorsorge kommen. Ich gebe zu, daß wir bei der Beseitigung von Atom-

Formsache zu sein. Sie wissen schon, der Standort ist geeignet.

TÖPFER: So eben nicht. Aufgrund der Aussagen der Fachleute habe ich Grund zu guter Hoffnung. Aber damit hier kein falscher Zungenschlag hinein kommt: Hier ist nichts entschieden, sondern hier wird bergmännisch erkundet.

SPIEGEL: Würden Sie als Genehmigungsminister im Licht heutiger Erkenntnisse in den Sechzigern auf den roten Knopf gedrückt und die Entwicklung ohne Endlager in Gang gesetzt haben?

TÖPFER: Die mir zugewachsenen Kenntnisse veranlassen mich zu größter Skepsis gegenüber dem Druck auf rote Knöpfe . . .

SPIEGEL: . . . weil Sie an Ernst Albrecht denken, der unlängst feierlich durch Knopfdruck im Kraftwerk Busch-

Wissen um? Hat er überhaupt die moralische Stärke zur verantwortlichen Nutzung von Techniken, die auch ohne Mißbrauch unabhsehbare Schäden auslösen können?

SPIEGEL: Zweifel sind erlaubt.

TÖPFER: Deswegen müssen wir darüber nachdenken, ob es nötig ist, unsere Probleme durch immer größere, zentral gesteuerte Projekte zu lösen. Sind nicht dezentrale Lösungen möglich?

SPIEGEL: Ist der Unionsminister Töpfer auf dem alternativen Trip „Klein ist schön“?

TÖPFER: Wenn's vernünftig ist, ich habe keine Berührungsangst. Die Überzeugung, daß wir zum Beispiel die Großtechnik Kernenergie als Energieträger verantworten können, ist für mich kein Alibi, mit dem Nachdenken aufzuhören. Ich habe zu Anfang meiner Tätigkeit in Bonn gefordert, da war ich noch gar nicht richtig im Amt, wir müßten eine Zukunft ohne Kernenergie erfinden; aber ich fügte auch hinzu, wir müßten auch eine Zukunft ohne fossile Energieträger erfinden. Da kam nicht nur ein freudiges Echo. Aber ich bin heute noch derselben Meinung.

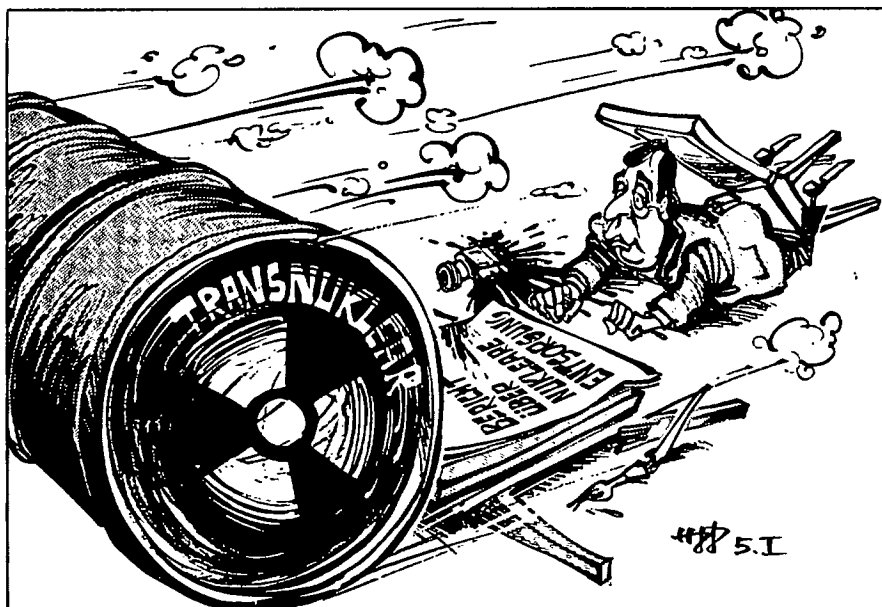
SPIEGEL: Vielleicht sollten Sie Ihren Erfindergeist zunächst mal auf das Energiesparen konzentrieren.

TÖPFER: Natürlich muß Energie gespart werden. Das kann am besten über die Preise geschehen. Ich bin durchaus der Meinung, daß der durch die Wechselkurse verursachte Ölpreisverfall – umweltpolitisch gesehen – aufgefangen werden sollte, vielleicht durch höhere Mineralölsteuern. Von niedrigen Energiepreisen gehen die falschen Signale für die Verbraucher aus. Doch wer heute die Mineralölsteuer erhöhen will, gerät in den Verdacht, keine Umwelt-, sondern Haushaltsprobleme lösen zu wollen.

SPIEGEL: Die Bürger sind zum Jahresende ganz schön wachgerüttelt worden. Der Transnuklear-Skandal hat ihr Vertrauen in die Integrität von Atommanagern erschüttert. Das Vertrauen in die Kontrollkapazität des Staates ist gleich mit geschwunden. Hinzu kam die Enthüllung, daß vor 30 Jahren eine demokratisch gewählte Regierung in London die Bürger über das Ausmaß des Atomunfalls in Windscale aus taktischen Erwägungen getäuscht und die Betroffenen einem hohen gesundheitlichen Risiko ausgesetzt hat, das vermeidbar gewesen wäre. Seit der Kieler Affäre wissen wir, daß auch hier Politiker zu beachtlicher Skrupellosigkeit fähig sind . . .

TÖPFER: . . . ich muß mir doch immer wieder selbst die Frage stellen und sie mir auch gefallen lassen: Wieweit bist du denn selbst glaubwürdig? An irgendeiner Stelle blickt ja auch in meine Seele niemand anders rein als ich selbst. Doch ich kann nur versuchen, durch mein Handeln zu belegen, daß ich meine, was ich sage. Mehr ist nicht drin.

SPIEGEL: Herr Töpfer, wir danken Ihnen für dieses Gepräch.



tz. München

Störfall bei Töpfer

müll deswegen unter Druck stehen, weil sich die Umsetzung der Entscheidungen verzögert, nicht zuletzt zur weiteren Absicherung auch der sicherheitsrelevanten Fragestellungen.

Doch egal, ob wir jetzt aussteigen oder nicht: Wir haben diese Endlager-Frage zu bewältigen – egal auch, welcher politischen Couleur der Bundesumweltminister ist. Die Bausteine des Entsorgungskonzepts stehen, sie sind aber noch nicht alle fertig; aber ihre Bereitstellung ist nicht so gefährdet, daß man auf der Grundlage dieses Konzepts nicht belastbar entscheiden könnte.

SPIEGEL: Belastbar heißt, Sie können den Betrieb der vorhandenen Kernkraftwerke weiter zulassen und sogar noch einen begrenzten Zubau hinnehmen?

TÖPFER: So sehe ich das.

SPIEGEL: Die endgültige Genehmigung des Standorts für ein Endlager im Salzstock von Gorleben scheint für Sie

haus eine Entgiftungsanlage einschaltete, die dann nie funktionierte . . .

TÖPFER: . . . daran haben Sie gedacht. Ich glaube, daß es immer so sein wird: Wir nutzen eine Technik und lernen während dieses Prozesses immer wieder zuvor unerkannte Schwachstellen kennen. In den siebziger Jahren wendeten Ingenieure und Politiker alle Konzentration auf die Sicherheit der Reaktoren. Jetzt steht die Entsorgung im Mittelpunkt. Nach heutiger Kenntnis gebe ich gern zu: Schon damals hätte man, genauso nachdrücklich, wie wir es heute tun, an der Entsorgung arbeiten können und müssen.

SPIEGEL: Korruption und Versäumnisse in der Atombranche – ein Fall wie jeder andere?

TÖPFER: Ganz und gar nicht. Das geht an die Substanz einer Industriegesellschaft, und es stellt sich die ethische Grundfrage: Wie geht der Mensch mit seinem immer gefährlicher werdenden